

100.000 neue Wohnungen?

NP, 05.11.19
TITEL

Steigende Mieten: Armutskonferenz fordert das Land Niedersachsen auf, viel mehr selbst zu bauen

VON INKEN HÄGERMANN

HANNOVER. Die Landesarmutskonferenz schlägt Alarm: Der Bestand an Sozialwohnungen in Niedersachsen müsste um mindestens 100 000 Einheiten ausgebaut

werden, forderten Experten am Montag auf dem „Alternativen Wohngipfel für Niedersachsen“ in der Marktkirche. Lars Niggemeyer, Sprecher der Landesarmutskonferenz und Sozialexperte beim DGB, mahnte angesichts steigender Mieten außerdem die Gründung einer eigenen Landeswohnungsbaugesellschaft an. „Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist eine staatliche Aufgabe. Das Land darf sich da nicht aus der Verantwortung stellen.“

Zudem müsste die Politik kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften stärken, ergänzte Meike Janßen, Sprecherin der Landesarmutskonferenz und Expertin für Sozialpolitik beim Sozialverband Deutsch-

land. Auch sollte die Befristung der Sozialbindung aufgehoben werden. Niedersachsen Landesregierung will bis 2030 rund 40.000 neue Sozialwohnungen schaffen. Das sei zwar „ein erster Schritt“, so Nigge-

meyer, „aber viel zu unambitioniert“. Aktuell würden schon landesweit 60.000 Wohnungen fehlen, sagte Matthias Günther, Vorstand des Eduard-Pestel-Instituts, das unter anderem zu Wohnungsmärkten forschet. **5**

Trotz Steuerausfällen: Land will keine neuen Schulden machen

HANNOVER. Angesichts der konjunkturellen Abschwächung muss sich das Land Niedersachsen auf einen geringeren Anstieg seiner Steuereinnahmen einstellen, als für die kommenden Jahre ursprünglich geplant. Für 2020 bis 2023 fallen die erwarteten Steuereinnahmen um zusammenge-rechnet 1,37 Milliarden Euro

geringer aus, wie Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU) am Montag in Hannover sagte. Zwar grenze dies den Spielraum des Landes ein, zentrale politische Vorhaben gerieten aber nicht in Gefahr. Die Finanzplanung werde nun auf Einsparpotenzial hin abgeklopft, die Aufnahme neuer Schulden sei keine Option. **7**

WOHNUNGSMARKT

Alte Fehler rächen sich jetzt

Manchmal reicht ein Blick in die Zahlen: Vor rund 30 Jahren zählte man in Niedersachsen knapp 300.000 Sozialwohnungen. Ende 2018 waren es noch 75.000. Dazwischen liegt eine Phase, in der deutsche Kommunen und Länder größtenteils ihre Wohnungs(bau)gesellschaften an private Investoren verkauft haben. Man könnte auch sagen, das Tafelsilber verscherbelt. Die Folge: Ein einmaliger Geldsegen für öffentliche Kassen und ein eklatanter Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Diesem „Teufelskreis der

Morddrohungen: Grüne kritisiert Bundesregierung

BERLIN. Nach den Morddrohungen gegen die Grünen-Politiker Cem Özdemir und Claudia Roth beklagt die Grünen-Innenexpertin Irene Mihalic Fehleinschätzungen der Bundesregierung. „Vor einem Jahr hat die Bundesregierung auf Anfrage der Linken noch nicht erkannt, dass von der ‚Atomwaffen Division Deutschland‘ eine konkrete terroristische Gefahr ausgeht“. kritisiert sie. **2**

Volkswagen baut jetzt E-Autos in Serie

ZWICKAU. Volkswagen hat mit dem Bau seines ersten rein elektrischen Fahrzeuges in Großserie begonnen. Vorstandschef Herbert Diess eröffnete am Montag im Zwickauer Werk die Produktionslinie für den ID.3. Der Wagen soll das Massengeschäft mit elektrischen Fahrzeugen etablieren und die Grundlage für weitere Varianten mit alternativem Antrieb werden. **FOKUS 2, MEHR 6**

Kronleuchter im Kanal: Venedig macht sauber

VENEDIG. Venedigs Gondolieri haben bei einer nächtlichen Müllsuche am Grunde des Canal Grande reiche Ausbeute gemacht. Unter anderem seien am Sonntagabend ein Staubsauger, ein Kronleuchter und sogar ein Müllkarren aus dem Wasser geholt worden, teilte die Verwaltung der Lagunenstadt am Montag mit. Die tauchenden Gondolieri hätten einen kleinen Kran gebraucht, um den schon vor langer Zeit im Schlamm versunkenen Karren zu bergen.

Schon zum sechsten Mal hatte ein Trupp Gondolieri die typischen schwarz-weißen Ringelshirts gegen Taucheranzüge getauscht, um die Kanäle

zu reinigen. „Wir machen das, weil wir unsere Stadt lieben und uns nützlich machen wollen“, sagten der Urheber und der Leiter des Projektes, Stefano Vio und Alessandro Zuffi, laut Mitteilung. „Mit diesen Aktionen wollen wir dazu beitragen, die Venezianer zu sensibilisieren“, fügten sie hinzu.

Bei den fünf vorangegangenen Tauchaktionen waren nach Angaben der Gemeinde 2,5 Tonnen Müll aus den Kanälen geholt worden. Zur Gesamtmenge vom Sonntagabend gab es keine Angaben.

Venedig als eine der meistbesuchten Städte Europas leidet seit Langem auch unter den Folgen des Massentourismus.

IM FOKUS

INKEN HÄGERMANN

Privatisierung“ sei man bis heute nicht entkommen, schimpft Niedersachsen DGB-Chef Mehrdad Payandeh. Mehr als 100.000 bezahlbare Wohnungen fehlen derzeit zwischen Harz und Heide. Da helfen auch nicht die von der Politik geplanten 40.000 Sozialwohnungen bis 2030 – das ist viel zu wenig.

Modelle, wie es anders laufen könnte, gibt es: etwa die Stadt Wien, in der rund die Hälfte der Bürger in einer städtischen Wohnung lebt. Wien hat aber auch darauf verzichtet, eigene Wohnungen an private Investoren zu vertickern. Niedersachsen und seine Kommunen müssen nun viel tun, um ihren Fehler wieder auszubügeln. Die Gründung einer neuen Landesbaugesellschaft ist dabei unumgänglich. Dafür werden die Erlöse aus dem Verkauf des Tafelsilbers allerdings kaum reichen.



GRAND PRIX DER ARTISTEN

WEIHNACHTS CIRCUS

Der Vorverkauf hat begonnen!

HANNOVER

17 **SCHÜTZENPLATZ** **29**
DEZ **0511-711 099 65** DEZ

www.weihnachtscircus-hannover.com

Wohnraum als Menschenrecht

Debatte beim Alternativen Wohngipfel: Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware. Bedarf nicht gedeckt.

VON INKEN HÄGERMANN

HANNOVER. Eigentlich hatte sich Olaf Lies persönlich angekündigt. Doch als es beim Alternativen Wohngipfel in der hannoverschen Marktkirche losgeht mit der Abschluss-Diskussion „Gutes Wohnen für alle?!", steht nicht der niedersächsische Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz auf dem Podium, sondern „nur“ sein Staatssekretär Frank Doods. Der Minister, so heißt es, musste kurzfristig nach Berlin.

So beantwortet also Doods die Frage, was gutes Wohnen für ihn bedeute. „Ein Raum für mich, in dem ich mich zu Hause fühle, der meins ist und den ich selbst gestalten kann“, sagt er. Deutlich politischer antwortet da Mehrdad Payandeh: „Wohnraum sollte als Menschenrecht angesehen werden und bezahlbar sein“, fordert Niedersachsens DGB-Chef. „Wohnen darf nicht arm machen.“

Doch das passiert vielfach: Nach Angaben der Landesarmutskonferenz fehlen aktuell mehr als 100.000 bezahlbare Wohnungen, mehr als 40 Prozent der Haushalte in Ballungsräumen wie Hannover, Oldenburg, Braunschweig oder Osnabrück müssten mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens allein für die Miete ausgeben. „Es gibt insgesamt zu wenig Wohnungen“, konstatiert Matthias Günther, Vorstand des Pestel-Instituts. 1987 habe es in Niedersachsen 290.000 Sozialwohnungen gegeben – heute seien es noch knapp 75.000. Nur um den Bestand zu halten, müsste man 5000 neue Sozialwohnungen pro Jahr bauen. Die Ankündigung der Landesregierung, bis 2030 rund 40.000 neue Sozialwohnungen zu schaffen, reiche nicht mal aus, um den Status Quo zu erhalten. Bis 2025 würden nieder-



PROBLEM ERKANNT, ABER NICHT GEBANNT: Niedersachsens DGB-Chef Mehrdad Payandeh fordert, dass der Staat wieder selbst mehr baut.

Foto: Behrens

sachsenweit rund 50.000 Wohnungen aus der Sozialbindung fallen, kritisiert DGB-Chef Payandeh. „Der Staat muss nicht nur fördern, sondern auch selbst Verantwortung ziehen“, fordert er die Gründung einer Landesbaugesellschaft. Es mangle nicht am Problembewusstsein, waren

sich die Diskussionsteilnehmer einig. Allerdings müsste jetzt auch etwas passieren. „Es werden zu wenige Maßnahmen ergriffen“, findet SoVD-Sozialexpertin Meike Janßen. Wichtig seien konkret die Stärkung von Genossenschaften und die Förderung des sozialen Wohnungsbaus. „Dabei dürfen wir nicht Ghettos schaffen“,

so Janßen. „Wir brauchen Quartiere, in denen alle wohnen können.“ Jürgen Schneider von der Selbstvertretung wohnungsloser Menschen verweist darauf, dass man bei Bauprojekten auch die Betroffenen – etwa Wohnungslose – mit einbinden solle. „Die wissen am besten, was sie brauchen.“ Auch Erika Heine,

selbst wohnungslos, fordert „Teilhabe und Mitbestimmung.“ Nachdem sie ihre Wohnung verloren habe, sei sie „in einer Abwärtsspirale gelandet, aus der man nicht wieder herauskommt“, Schneider beklagt zudem „die Hin- und Herschieberlei“ der Zuständigkeit. Die Kommune verweise aufs Land, das Land auf den Bund, der

Bund wiederum schiebe die Verantwortung zurück auf die unteren Ebenen. „Damit müssen wir aufhören.“ Staatssekretär Doods antwortet nur ausweichend: Das Land habe ja schon einiges getan, um die Zweckentfremdung von Wohnraum zu verhindern, etwa die Nutzung von Ferienwohnungen eingeschränkt.